

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

28.6.1907 (No. 174)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Juni.

№ 174.

1907.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

III. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Vorstande des Domänenamts Heidelberg, Domänenrat Heinrich Bach, das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jahrling Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 2. Juni d. J. gnädigst geruht, den Vorstand des Domänenamts Heidelberg, Domänenrat Heinrich Bach, auf sein untätigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 20. Juni d. J. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Max Brugger in Waldshut in gleicher Eigenschaft nach Pforzheim zu versetzen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 26. Juni d. J. wurde Betriebssekretär Friedrich Horschler in Weinheim zur Zentralverwaltung nach Karlsruhe verlegt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Zum Ministerwechsel im Reich und in Preußen.

Graf v. Posadowsky hat sich bereits von seinen bisherigen Räten verabschiedet und Herr v. Bethmann-Hollweg die Leitung des Reichsamts des Innern übernommen. Nachdem sich die erste Erregung über die durch den Ministerwechsel geschaffene neue Lage verflüchtigt hat, gelangt der größere Teil der Presse zu Folgerungen, denen wir sofort nach der vollzogenen Tatsache Ausdruck gegeben haben. Bemerkenswert an der amtlichen Mitteilung des Reichs- und Staatsanzeigers ist die Form, in der die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben veröffentlicht wird. Durch die gleichzeitige Bekanntmachung, sogar in demselben Satz, wird bezeugt, daß die verschiedenen Verfügungen in innerem Zusammenhange stehen. Dem Ministerdienstatte nach hätte, da Herr v. Tirpitz aus sachlichen Erwägungen nicht in Betracht kommen konnte, nicht Herr v. Bethmann-Hollweg, sondern Herr v. Rheinbaben den Anspruch geltend machen können, Vizepräsident des Staatsministeriums zu werden. Daß er übersprungen wurde, hätte eine Deutung erfahren können, als bestehe zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten nicht ein ausreichend vertrauensvolles Verhältnis; vielleicht sogar hätte der Schluß nahe gelegen, der Finanzminister solle zur Einreichung seines Rücktrittsgesuches veranlaßt werden. Diesen Auslegungen ist durch die Ordensverleihung vorgebeugt worden. Ueberdies ist ihnen der leitende Staatsmann auch in der Presse entgegengetreten. Somit wird Herr v. Rheinbaben keine gegen sich gerichtete Spitze in der Ernennung des dienstjüngeren Staatsministers v. Bethmann-Hollweg zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums erblicken dürfen. Eine solche Stelle hat es in Preußen nicht immer gegeben. Sie wurde erst geschaffen, als Fürst Bismarck die Erfahrung gemacht hatte, daß er eines erhöhten Einflusses auf die Geschäftsführung in Preußen bedürfe. Er hatte zeitweilig das Ministerpräsidium dem Grafen Noon überlassen; aber er nahm bald wahr, daß er als Reichskanzler die Wurzeln seiner Kraft in Preußen suchen müsse. Nach Noons Rücktritt übernahm Fürst Bismarck das Amt des Ministerpräsidenten wieder. Aber bei der Fülle seiner Geschäfte im Reich hielt er seine ständige Vertretung im preussischen Staatsministerium für geboten. Somit wurde am 9. November 1873 der Finanzminister Camphausen als Vizepräsident mit dieser Vertretung beauftragt. Das Experiment schlug nicht besonders glücklich

aus. Der leitende Staatsmann klagte viel über das preussische Ministerium und zerfiel mit Camphausen schließlich vollkommen. Er versuchte es dann auf anderem Wege. Auf seine Veranlassung wurde am 29. Mai 1878 Graf Otto Stolberg in das Staatsministerium berufen und zum Vizepräsidenten ohne Portfeuille ernannt. Im Juli übernahm er zugleich Bismarcks allgemeine Stellvertretung im Reich. Während der Schwerpunkt der Tätigkeit des Grafen Stolberg in der Reichsverwaltung lag, kehrte der Kanzler nach wenigen Jahren wieder zu der Idee zurück, einen preussischen Minister zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums zu ernennen. Herr v. Puttkamer ersah ihm als der rechte Mann. Dessen Nachfolger als Vizepräsident des Staatsministeriums wurde wieder ein Staatssekretär, ohne preussisches Portfeuille, Herr v. Boetticher, der dann abermals von einem preussischen Minister, Herrn Miquel, abgelöst wurde. So schwankte man hin und her, bis der jetzige Kanzler nach Miquels Entlassung auf den Gedanken kam, es gehe auch so, ohne Vizepräsidenten des Staatsministeriums. Neuerlich jedoch scheint er sich überzeugt zu haben, es gehe so nicht, zumal angesichts der Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus, wo die „Modopolitik“ gründlich durchkreuzt wurde. Also ist wieder ein Vizepräsident des Staatsministeriums ernannt und dazu wieder ein Staatssekretär des Innern bestellt worden, der in Preußen Minister ohne Portfeuille ist. Der Zweck dieser Einrichtung ist klar. Es soll die nötige Einheitlichkeit zwischen der Reichspolitik und der preussischen Politik hergestellt werden. Das natürliche Verhältnis ist nun sicherlich, daß das Reich den maßgebenden Einfluß auf Preußen, nicht das preussische kollegialische Staatsministerium den bestimmenden Einfluß auf die Reichspolitik, für die der Kanzler allein verantwortlich ist, ausübt. Deshalb muß es auch folgerichtig erscheinen, daß der allgemeine Stellvertreter des Reichskanzlers dessen Vertreter im preussischen Staatsministerium ist. Ein preussischer Ressortminister als Vizepräsident würde in erster Reihe die preussischen Interessen vertreten, nicht die Reichspolitik. Dazu aber brauchte man keinen Vizepräsidenten. Da würde zur Führung des Vorsitzes in den Fällen, wo der Ministerpräsident verhindert ist, der rangälteste Minister ausreichen. Soll aber der Vizepräsident des Staatsministeriums der Vertreter des Reichs in der preussischen Regierung sein, so ist dazu nach der Natur der Sache der Staatssekretär des Reichsamts des Innern eher berufen als der preussische Finanzminister.

Die Schulen in Württemberg.

— Stuttgart, 26. Juni.

Die Abgeordnetenkammer hat an zwei aufeinander folgenden Tagen zwei Anträge angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, die Verstaatlichung 1. der höheren Schulen (Gymnasien usw.), 2. der Volksschulen in Erwägung zu ziehen. „Verstaatlichung“ heißt in diesem Falle Uebernahme der Kosten auf den Staat, der selbstverständlich jetzt schon einen sehr großen Teil der Kosten beider Schulgattungen trägt, der aber nunmehr veranlaßt werden soll, einen noch größeren Teil oder das Ganze zu tragen. Für den ersten Antrag: Verstaatlichung der höheren Schulen, stimmten Volkspartei, Deutsche Partei und Sozialdemokratie, für den zweiten: Verstaatlichung der Volksschulen, auch noch der Bauernbund. Somit stand das Zentrum als ablehnende Partei allein.

Der erste Antrag, auf Verstaatlichung der höheren Schulen, kam dem Hause überraschend. Er ging aus von dem Abg. Nägele, der seiner Berufsstellung nach selbst dem Stand der höheren Lehrer angehört. Vom beruflichen Interessenstandpunkt aus ist ja der Antrag auch ganz begrifflich. Schwerer zu verstehen ist, daß die ganze Fraktion der Volkspartei sich mit ihm identifizierte. Dies hatte aber seinen Grund nicht nur darin, daß man den Abg. Nägele, dem als einem Führer des Schwäbischen Abvereins die Volkspartei so viele Proporzstimmen verdankt, bei der ersten größeren Aktion, die er unternahm, nicht im Stich lassen wollte, sondern noch mehr in dem Umstand, daß der Berichterstatter zum Kultetat, Oberbürgermeister Gauß von Stuttgart, sich gleichfalls, wenn auch von ganz anderem Gesichtspunkt aus als sein Fraktionsgenosse Nägele, für eine Milderung des demaligen Rechtszustandes auf dem Gebiet des höheren Schulwesens einsetzte. Die gegenwärtige Stuttgarter Stadtverwaltung steht, wie mit so ziemlich sämtlichen

staatlichen Ressorts, so auch mit der Unterrichtsverwaltung, auf gespanntem Fuße. Was speziell die höheren Schulen betrifft, so findet die Stadtverwaltung den gegenwärtigen Rechtszustand, bei dem die Gemeinde nur zu zahlen, aber nichts drein zu reden habe, der Würde der Gemeinde nicht angemessen. Diese Auffassung fand ihre Rettifizierung durch den Kultminister, doch würde es zu weit führen, diese Auseinandersetzung hier zu verfolgen. Zu verwundern ist nur, daß die ganze Volkspartei, auch in ihren ländlichen Mitgliedern, sich von den speziellen Stuttgarter Beschwerden so weitgehend beeinflussen ließ, obwohl die Verstaatlichung des höheren Schulwesens bei den eigenartigen Verhältnissen, wie sie in Württemberg mit seinen vielen kleinen Landlateinschulen vorliegen, ohne Zweifel zum Nachteil des platten Landes ausschlagen müßte. Diesen Einwand, den auch der Kultminister nachdrücklich hervorhob, wollten allerdings manche Freunde des Antrags Nägele nicht gelten lassen, einen Gegenbeweis vermochte aber keiner von denen zu führen, die das unbequeme Argument bestritten. Es gibt in der Tat, wenn die Verstaatlichung durchgeführt wird, nur zwei Möglichkeiten bezüglich dieser kleinen Schulen: entweder ihre Aufhebung, wie sie denn auch der Berichterstatter Gauß ausdrücklich forderte, oder ein Nachgeben an die rivalisierenden Wünsche der Gemeinden, für die dann die Schranke der Kostentragung wegfällt, und damit erst recht eine nicht abzusehende „Hypertrophie“ an solchen kleinen Schulen. Die Deutsche Partei, deren Führer Dr. Sieber, seinem Verufe nach gleichfalls Gymnasiallehrer, für den Antrag Nägele mit eintrat, glaubte ihr Gewissen dadurch genügend salbiert zu haben, daß sie betonte, der Antrag fordere ja nur eine „Erwägung“ und nur in diesem Sinne stimme sie ihm zu. Mit einem solchen Vorbehalt ist freilich wenig genügt. Denn wer der Regierung eine derartige „Erwägung“ empfiehlt, der wünscht doch wohl, daß diese Erwägung zugunsten des ins Auge gefaßten Ziels ausfallen soll, der hilft zum mindesten eine Bewegung einleiten, die auf dieses Ziel zutreibt und der vielleicht später, wenn sie einmal in Lauf gekommen ist, nicht leicht mehr Einhalt getan werden kann. Die Sozialdemokratie stand anfangs nicht gut zu dem Antrag Nägele; denn sie befürchtete, sehr mit Recht, daß die Verstaatlichung der höheren Schulen der ihr viel mehr am Herzen liegenden Verstaatlichung der Volksschulen ungeschickt in die Quere kommen könnte. Sie gab daher ihre Zustimmung, ohne die der Antrag Nägele keine Mehrheit gefunden hätte, erst dann, als ihr Gegenleistung bei ihrem Antrag auf Verstaatlichung der Volksschule zugesichert war. Dieses Versprechen einzulösen wurde den Parteien, die sich in erster Linie für die Verstaatlichung der höheren Schulen engagiert hatten, nicht ganz leicht, wie sich bei den Debatten über den Antrag Hildenbrand an verschiedenen Anzeichen bemerklich machte. Und so fehlte denn auch hier wieder nicht der Hinweis, und zwar diesmal auch seitens der Volkspartei, daß es sich ja vorerst nur um eine Erwägung handle, und die Deutsche Partei insbesondere betonte, daß sie jedenfalls nur für eine „fortschreitende“, also allmähliche, nach und nach sich steigende Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat zu haben sei. Das war also, wie der Kultminister sagte, Wasser in den Wein getan, und man muß nur fragen: warum den starken sozialdemokratischen Wein wählen, wenn man ihn doch alsbald wieder verwässern muß? Es erschien dies auch um so unnötiger, als gleichzeitig ein Antrag des Bauernbunds vorlag und zur Annahme gelangte, der Erhebungen darüber forderte, wie die Uebernahme der persönlichen Volksschullasten (d. h. der Lehrergehalte usw.) auf den Staat finanziell wirken würde. Dieser Antrag nimmt also nur einen Teil dessen in Aussicht, was der Antrag Hildenbrand fordert, und es ist immerhin eine eigenartige Situation, daß eine und dieselbe Mehrheit in einer und derselben Sache gleichzeitig einen radikalen und einen weniger weit gehenden Antrag annimmt. Daß sich trotz seines eigenen Antrags auch der Bauernbund zu der Mehrheit für den Antrag Hildenbrand gesellte, hat seinen Grund in einer gewissen Zwangslage; die Uebernahme auch der sachlichen Schullasten auf den Staat verpflichtet den Gemeinden natürlich noch eine größere Entlastung, als wenn es sich bloß um die Personalkosten handelt, und wer sich in solchen Fragen einmal auf den Boden der Popularität begibt, wird von jedem nachgezogen, der ihn überbietet.

Die ungarisch-kroatische Krise.

Der Banus von Kroatien, Graf Theodor Pasjcevič, hat seine Demission gegeben. Diese Tatsache kennzeichnet das Stadium, in welches der Konflikt zwischen Ungarn und Kroatien getreten ist. Die Situation hat sich zur Krise zugekippt, und diese findet ihren Ausdruck in dem Rücktritt des Banus, des obersten Chefs der kroatischen Landesverwaltung, der sich in der eigentümlichen Zwitferteilung befindet, daß er einerseits ein Organ der ungarischen Zentralregierung, andererseits für seine amtliche Tätigkeit dem kroatischen Landtage verantwortlich ist. Der Rücktritt des Grafen Pasjcevič bedeutet, daß auch die letzten Kompromißverhandlungen gescheitert und die Dinge zum Bruch gelangt sind. Unter den kroatischen Abgeordneten hat die extrem-nationale Fraktion die Majorität erlangt.

Der Ausgangspunkt der Krise ist eine Sprachenfrage: die Bestimmung der Dienstesprache für Eisenbahnbeamte, welche besagt, daß die innere Amtssprache der ungarischen Staatsbahnen die ungarische ist und daß alle Beamte der Staatsbahnen, auch die in Kroatien, der ungarischen Sprache mächtig sein müssen. Die ungarische Regierung und das ungarische Parlament beharren auf dieser Bestimmung, die sie aus dem Wesen des nationalen ungarischen Staatsbegriffes und aus der ungarischen Staatsprache ableiten, und sie sind in der Aufrechterhaltung des Prinzips unbeweglich geblieben. Die Kroaten bekämpfen dieses Prinzip und sie stützen sich dabei auf die Stipulationen des Ausgleichsgesetzes, wonach auf dem Gebiete Kroatien-Slavoniens die kroatische Sprache die Sprache der Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtspflege ist und daselbst auch für die Organe der Zentralregierung die kroatische Sprache als Amtssprache bestimmt wird. Von ungarischer Seite wird dagegen bestritten, daß die Bahnämter Organe der Zentralregierung, die Staatsbahnbeamten Staatsbeamte seien. Allein eine Sprachenfrage wird selten nach juristischen Gesichtspunkten entschieden. Für die ungarische Koalition, in welcher die Unabhängigkeitspartei mit ihrem nationalisierenden Imperialismus das Uebergewicht ausübt, ist diese Sprachenfrage eine Frage der Autorität, für die kroatische Koalition ist sie eine Frage der Existenz. In den drei Jahrzehnten, während welcher die von den Revolutionisten geführte Nationalpartei am Ruder war, ist von Ungarn nie der Versuch gemacht worden, für Kroatien ein solches Sprachengesetz zu beschließen. Die Revolutionisten haben sich mit Geza Polonyi, als er noch Vollmachtträger der Unabhängigkeitspartei war, verbrüdet; man hat ihnen die Inzorpriorität Dalmatiens in das dreieinige Königreich in Aussicht gestellt, und sie haben sich dafür unter die Fahnen der ungarischen Koalition gestellt. Aber auf dem ersten Wege finden sie das Sprachengesetz für die Staatsbahnen, und die Waffenbrüderschaft, die eben geschlossen wurde, verwandelt sich in leidenschaftlichen Kampf. Solche Erfahrungen wirken für eine Partei tödlich, zumal sie einen so rühmlichen, in der Wahl seiner Mittel so wenig wählertischen Gegner hinter sich hat, wie die Starcevic-Partei. Die Nationalpartei verlor ihre Selbstberechtigung, als die ungarische liberale Partei zusammengebrochen war; die Revolutionisten gehen an der Waffenbrüderschaft mit der ungarischen Koalition zugrunde.

Die kroatische Krise ist für Oesterreich-Ungarn keine leicht zu nehmende Erscheinung. Die Kämpfe von 1868 bis 1873, die Krise, welche der Schilderaufstand des Jahres 1883 hervorrief, waren gewiß ernster Natur, aber sie fielen unter ganz andere Beurteilung. Was sich damals in Kroatien vollzog, betraf ein nicht nur geographisch, sondern auch politisch eng begrenztes, abgeschlossenes Gebiet. Die früheren Bewegungen in Kroatien waren isolierte, die über Kroatien nicht hinausreichten. Heute ist die Rückwirkung des kroatischen Konfliktes auf die Nationalitäten in Ungarn ganz unverkennbar. Die politische Taktik der Ungarn hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert. Es war eine Kluge und weise Tradition in der deakistischen und liberalen Ära, die Konflikte nicht zu häufen, sondern den politischen Kampf, wenn er unvermeidlich war, mit einem Gegner aufzunehmen, und zwar dann und dort, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Diese Politik, aus welcher Ungarn so viel Vorteil geschöpft hat, ist heute aufgegeben. Ungarn führt heute gleichzeitig den Kampf gegen Oesterreich wegen der Ausgleichsfrage, den Kampf gegen die Kroaten in der Sprachenfrage, den Kampf gegen die Nationalitäten, welche auch in Ungarn ihre politischen Ansprüche zu stellen beginnen, und im Hintergrund steht der Kampf gegen die pragmatische Untrennbarkeit, und der Kampf um die selbständige nationale Armee, der nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. In seinen inneren Kämpfen und Konflikten, ja selbst bei Auseinandersetzungen mit Oesterreich, fand Ungarn ehemals seine mächtigste Stütze an der Krone. Der Verlauf des Krönungsjubiläums hat das Maß der Entfremdung offenbart, welches hier Platz gegriffen hat.

(Telegramm.)

* Agram, 27. Juni. Die Demission des Banus Grafen Pasjcevič und das Ende der sogenannten „Volksregierung“ wurde gestern in den Abendstunden bekannt und hat hier allgemeine Konfirmierung hervorgerufen, da man in der Ueberzeugung lebte, daß es noch im letzten Moment zu einer Verständigung mit Ungarn kommen werde. In den Kreisen der Koalition herrscht tiefe Depression. Der neue Banus Dr. Alexander v. Rakodetzay wird als eine Persönlichkeit bezeichnet, welche die Wiederaufrichtung der unionistischen Partei in Kroatien bewerkstelligen könnte.

Von der Kieler Woche.

(Telegramme.)

* Kiel, 27. Juni. Die Sbarie der Kaiserjacht „Meteor“ entstand durch Springen der Spannschraube am Wasserstang. Die Situation wurde durch die zunehmenden Wellen und durch den hohen Seegang noch kritischer. Der „Meteor“ legte sich nach Nordbord über, so daß sich die Kajüten mit Wasser füllten. Die an Deck befindlichen Herren, darunter die Admirale von Köster und Thomson, sowie die Mannschaften standen bis an die Hüften im Wasser. Ein geringes hätte zum vollständigen Kentern genügt. Auf der „Hohenzollern“ wurde die Situation sofort erkannt. Die Kaiserjacht löste Rotschiffe, worauf ein Torpedoboot dem „Meteor“ zu Hilfe eilte und ihn ins Schlepptau nahm.

* Paris, 27. Juni. Die Korrespondenten des „Figaro“ und des „Gaulois“, die an der Kieler Woche teilnahmen, berichten übereinstimmend, daß Seine Majestät Kaiser Wilhelm die aus Anlaß der Regatta nach Kiel gekommenen Franzosen überaus lebenswürdig behandelt und sie mit Zuverlässigkeit und zorsühnenden Aufmerksamkeiten überhäuft habe.

* Kiel, 27. Juni. An Bord des japanischen Kreuzers „Tsubuza“ wurde gestern nachmittag eine Festlichkeit veranstaltet, zu der viele Einladungen ergangen waren. Auch Prinz und Prinzessin Heinrich nahmen daran teil. Das Kommando des zweiten Geschwaders der Nordsee-Flotte hatte für gestern abend die Mannschaften der hier anwesenden beiden japanischen Kreuzer zu einer Festlichkeit geladen, an welcher auch die Mannschaften des zweiten Geschwaders teilnahmen.

* Kiel, 27. Juni. Seine Majestät der Kaiser ging heute vormittag an Bord des japanischen Flaggschiffes „Tsubuza“ und sah der Vorbereitung eines japanischen Ringkampfes und einem Festen zu. Anwesend war auch der japanische Botschafter. Um 12 Uhr empfing der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und die Minister v. Nolke und Dr. Holle. Zur Frühstückstafel folgte der Kaiser einer Einladung des Großadmirals v. Köster. Heute Morgen um 9 Uhr begann im Kieler Hafen die Regatta für kleine Yachten, um 12 Uhr die letzte Wettfahrt der Sonderklasse.

Die Haager Friedenskonferenz.

(Telegramm.)

* Haag, 26. Juni. Der englische Vorschlag, betreffend die Nachprüfung in Seeprisenangelegenheiten, umfaßt 16 Artikel. Er sieht die Schaffung eines permanenten internationalen Berufungsgerichtes vor, dem die internationale Jurisdiktion bezüglich der Seeprisen obliegen soll. — Der französische Vorschlag, der einen Entwurf über das bei der Eröffnung von Feindseligkeiten zu beobachtende Verfahren enthält, besagt: Die Vertragsmächte anerkennen, daß Feindseligkeiten zwischen ihnen nur nach einer vorausgegangenen und ungewöhnlichen Anknüpfung beginnen dürfen, die entweder die Form der motivierten Kriegserklärung oder des Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben kann; 2. der Kriegszustand muß den Mächten ohne Verzug mitgeteilt werden.

Die Wingerunruhen in Südfrankreich.

(Telegramme.)

* Paris, 27. Juni. Die Zahl der nach der tunesischen Küste eingeschifften Reuterer des 17. Infanterieregiments beträgt 550, zwei sind während der Reise entflohen. Die Reuterer werden sofort nach ihrer Ankunft in fünf Kompanien eingeteilt, woraus ein Bataillon gebildet wird.

* Paris, 27. Juni. Die im Budget nicht vorgesehenen und durch die Vorkänge im Süden veranlaßten Ausgaben belaufen sich augenblicklich auf 3 200 000 Francs. Aus Sparmaßregeln rüchicken und auch aus anderen Gründen heraus soll Picquard die Abhaltung der großen Manöver im Laufe des Septembers und Oktobers im Osten und Süden abgefragt haben. Die Parade wird am 14. Juli voraussichtlich in Paris stattfinden, aber für die Regimenter des Südens, wo Unbotmäßigkeiten ausgebrochen waren, ausfallen.

* Montpellier, 27. Juni. Marcellin Albert stellte sich dem Gerichte.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* Moskau, 27. Juni. In dem Kongreß der Semstwo gelangte eine von dem Bureau des Kongresses entworfene Resolution zur Annahme, die die Notwendigkeit von Reformen betont, aber energische Maßnahmen gegen die Anarchie und gegen revolutionäre Gewalttaten verlangt.

* Tiflis, 27. Juni. Gestern wurde auf einen von 5 Kasaken und 2 Soldaten eskortierten Wagen, in welchem über 300 000 Rubel von der Post zur Reichsbankfiliale gebracht werden sollten, ein räuberisches Bombenattentat verübt. Als der Wagen den Erdbebenplatz erreichte, wurde eine mit furchtbarer Gewalt explodierende Bombe geschleudert. Das auf dem Platze zahlreich anwesende Publikum hob in wildem Schreien auseinander. Um die Verwirrung zu erhöhen, schleuderten die Räuber eine Bombe nach der anderen, die alle mit bedeutendem Knall explodierten. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt. Bisher ist nur bekannt, daß zwei Soldaten getötet und zwei Reichsbankbeamte aus dem Wagen geschleudert wurden. Der Wagen und die Geldsäcke sind spurlos verschwunden. Im ganzen sind acht Bomben geworfen worden. — Ein späteres Telegramm meldet: Bei dem gefrignen Ueberfall auf den Selbsttransportwagen wurden 341 000 Rubel geraubt. In dem durch die Bombe beschädigten Wagen wurde noch ein Paket mit 9500 Rubeln gefunden. Der leicht verletzte Kutscher und mehrere Passagiere wurden verhaftet. Es sind zwei Polizeibeamte getötet und über 50 Personen verwundet worden.

* Lobs, 26. Juni. In Koficing bei Lobs überfiel eine Bande von 25 Mann die Fabrik Miller. Das Militär gab eine Salve ab. Es wurden Personen getötet.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 27. Juni.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin trafen heute vormittag halb 10 Uhr aus Schloß Baden hier ein.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing um halb 11 Uhr den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo und um halb 12 Uhr den Präsidenten des Ministeriums

des Innern, Geheimrat Freiherrn von Bodman, zum Vortrag.

Zur Frühstückstafel erschien Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max.

Im Laufe des Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Präsidenten des Finanzministeriums, Geheimrats Bonell, und des Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrats Freiherrn von Marshall.

Bei der abends 6 Uhr erfolgten Besichtigung der Frau Geheimrat Nicolai war Seine Königliche Hoheit der Großherzog durch Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo, Ihre Königliche Hoheit der Großherzogin durch Schloßhauptmann von Stabel vertreten.

Abends gegen 8 Uhr kehrten die Großherzoglichen Herrschaften nach Schloß Baden zurück.

* (Landwirtschaftlicher Verein.) Gestern fand hier die erste Sitzung des Vorstandes des „Landwirtschaftlichen Vereins“ statt. Eine große Reihe von Geschäften wurden in längerer Verhandlung erledigt. Das Wesentliche der gefaßten Beschlüsse wird seinerzeit im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ veröffentlicht werden.

* (Gehobelter Heinrich Ziegler †) Ein jäher Tod hat heute früh gegen 8 Uhr den im 42. Lebensjahre stehenden Gehobelter der „Badischen Landeszeitung“, Heinrich Ziegler, mitten aus der Arbeit hinweggerafft. Am Redaktionsstisch traf ihn ein Schlaganfall, der seinem Leben in wenigen Minuten ein Ende setzte. Er war ein ruhiger, pflichtgetreuer Mann, dem Arbeit alles war. In ernstem, wissenschaftlichem Studium hat er sich seine politische Ueberzeugung gebildet u. in mannhafter Treue ist er im politischen Kampfe für diese seine Ueberlieferung in Wort und Schrift unentwegt eingetreten. Heinrich Ziegler machte den bekannten Studiengang der württembergischen Stifter durch. In Übungen widmete er sich theologischen und philologischen Studien. Seine journalistische Laufbahn begann er an der „Konstanzer Zeitung“, deren Redaktion er fast ein Jahrzehnt erfolgreich leitete. 1904 wurde er zum Parteisekretär der badischen nationalliberalen Partei berufen und vor wenigen Monaten erst hat er die Redaktion des Parteiorgans übernommen, das, wie die Partei selbst, durch seinen Tod einen schwer zu ersetzenden Verlust erleidet. Dem entgegenkommenden, hilfsbereiten Kollegen, dem schaffensfreudigen und gewissenhaften Journalisten und Politiker, dem nun so früh die Feder aus der kalten Hand entfiel, werden die Berufsgenossen und viele Freunde ein ehrendes Andenken bewahren.

(Aus der Sitzung der Strafkammer vom 26. Juni.) Vor der Strafkammer kam eine Anklage wegen Urkundenfälschung zur Verhandlung. Die wegen ihres politischen Charakters Aufsehen erregte. Im März v. J. fanden in Bretten die Erneuerungsarbeiten zum Bürgerausschuß statt. In diesem Wahlkampf standen sich zwei Parteien, die Wittalen und die Partei Schmitt, welche die Konservativen, die Antifemiten, die Wandler und die Mittelstandspartei umfaßt, einander gegenüber. Bei der Wahl siegten die Liberalen. Es erfolgte die Ansetzung der Wahl des in der zweiten Wählerklasse gewählten liberalen Kandidaten, des Maurermeisters Christian Leonhardt. Der Wahlbescheid stützte sich darauf, daß Leonhardt vor 15 Jahren, als er in Karlsruhe ein Baugeschäft betrieb, Konkurs gemacht und seine Gläubiger bis zu seiner Wahl noch nicht befriedigt habe. Leonhardt hatte jedoch niemals Konkurs gemacht, wenn er auch feinerzeit infolge von Unternehmungen, für welche seine finanziellen Kräfte nicht ausreichten, in Zahlungsschwierigkeiten und schließlich in Vermögensverfall geraten war, wodurch eine Reihe seiner Gläubiger eine Befriedigung nicht erfahren konnten. Der Wahlprotest mußte deshalb wieder zurückgezogen werden. Hierauf erhielten mehrere Firmen und Personen, welche von Leonhardt noch Geld zu fordern hatten, Postkarten gleichlautenden Inhalts, auf denen es hieß: „Falls Sie noch Gläubiger des Christian Leonhardt, Maurermeisters hier, sind, können Sie Ihre Guthaben bestimmt erhalten, da Vermögen da ist. Rechtsanwält Schmitt wird Ihre Forderung einziehen.“ Diese Postkarten waren datiert „Bretten, 21. Juni 1906“ und trugen die Unterschrift von Anhängern der liberalen Partei in Bretten. Eine der Karten, welche an eine Karlsruher, inzwischen aufgelöste Firma gerichtet war, wurde, da der Adressat unaufindbar, nach Bretten zurückgeleitet und kam so in die Hände des angeblichen Abenders, dessen Namen gegen Leonhardt mißbraucht worden war. Die Sache wurde daraufhin angezeigt und nach langwierigen Erhebungen gelang es endlich, zu ermitteln, daß der Uhrmacher Adolf Ddenwald in Bretten und der Privatier Johann Christe, früher in Bretten, jetzt in Stuttgart wohnhaft, die Urheber der gefälschten Karten waren. Ddenwald hatte die Postkarten abgefaßt und mit den falschen Unterschriften versehen, und Christe beförderte diese Schriftstücke, deren Inhalt und Zweck ihm wohl bekannt war, zur Post. Dies alles geschah, wie die Verhandlung ergab, mit Wissen des Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalts Schmitt. Er hatte dem Ddenwald eine Gläubigerliste des Leonhardt aus dem Jahre 1889, die sich bei den Akten eines von Schmitt vertretenen Gläubigers des Leonhardt befand, zur Verfügung gestellt und diesem so die Adressen verschafft, an welche die gefälschten Postkarten gerichtet wurden. Ddenwald hatte sich heute wegen Urkundenfälschung im Sinne des § 288 R. St. G. B. und Christe wegen Beihilfe hierzu zu verantworten. Beide Angeklagte waren in der Hauptsache geständig. Rechtsanwält Schmitt wurde in der heutigen Verhandlung als Zeuge vernommen. Er behauptete, weder von einer Gläubigerliste, noch von Weisungen an Ddenwald, noch von der Mahnung an diesen, ihn (Schmitt) ja nicht preiszugeben und über die Sache zu schweigen, etwas zu wissen. Er setzte sich damit in vollständigen Gegensatz zu dem Geständnisse des Angeklagten Ddenwald. Schmitt wurde übrigens, weil er der Urheber der beiden Angeklagten zur Last gelegten Tat verächtlich erschien, auf Gerichtsbeschuß gemäß § 56 St. G. B. nicht bestraft. Das Gericht verurteilte Ddenwald zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, und Christe zu 2 Wochen Gefängnis, verübt durch die Untersuchungshaft.

S. Mannheim, 26. Juni. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Berufszählung zählte Mannheim am 12. Juni d. J. 172 962 Einwohner. Die Zunahme beträgt gegen 1905 10 345 Köpfe oder 6,4 Prozent. Die Einwohnerzahl der Altstadt hat sich in den letzten zwei Jahren um 8518 vermehrt und betrug am Zählungstage 147 285. In den Vororten wurden 23 840 Personen (plus 1827) gezählt. Hier beträgt die Zunahme sogar 7,7 Prozent. — Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner getrigen Sitzung noch die Aufnahme eines vierprozentigen Anlehens im Betrage von 4 Millionen Mark. Die Anleihe ist von einem Mannheimer Konsortium zu 98,58 Proz. übernommen worden, ein Kurs, der bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes als sehr günstig bezeichnet werden muß. Bei der Besprechung der Vorlage über die Dienst- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter wurde von sozialdemokratischer Seite offen zugegeben, daß mit

der Durchsetzung der achtstündigen Arbeitszeit für diejenigen Arbeiterkategorien, deren Beschäftigung außerordentlich gesundheitsgefährdend ist, Preise für die allgemeine Einführung des Achtstündigentages in den städtischen Betrieben gelegt werden solle. Unter allseitiger Zustimmung der bürgerlichen Parteien gab daraufhin Oberbürgermeister Dr. Wed die Erklärung ab, daß davon im Stadtrat niemals die Rede gewesen sei. Die etatmäßige Anstellung des Herrn Professor Dr. Walter, des verdienstvollen städtischen Historiographen, wurde ohne Debatte genehmigt. Die Stadtgemeinde will sich in Professor Walter einen ständigen verantwortlichen Berater in allen geschichtlichen, literarischen, künstlerischen und museumstechnischen Angelegenheiten sichern.

Vom Bodensee, 26. Juni. Nach der neuesten Volkszählung hat die Bevölkerung der Kreisstadt Konstanz nunmehr eine Höhe von annähernd 30 000 Seelen erreicht. Die große Fremdenliste von Konstanz weist die Zahl von 540 anwesenden Fremden auf. Die Kurorte des Schwarzwaldes sind von auswärtigen Gästen schon ziemlich gut besucht und für die nächsten zwei Monate wird einer erheblichen Fremdenzunahme dortselbst entgegen gesehen. — In Kreis Konstanz ist das Baugewerbe zurzeit gut beschäftigt; insbesondere haben die Zimmerleute und Schreiner vollauf zu tun.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 27. Juni. Der bisherige Staatssekretär des Innern, Staatsminister Graf Posadowski, verabschiedete sich gestern früh mit einer Ansprache von den Beamten seines Ressorts. Namens der Beamten widmete ihm der Unterstaatssekretär herzliche Abschiedsworte. Kurz nachher übernahm in gleicher Weise der zum Staatssekretär des Innern ernannte Staatsminister v. Bethmann-Hollweg die Amtsgeschäfte des Reichsamtis des Innern und ließ sich die Beamten des Ressorts vorstellen.

Hamburg, 27. Juni. Die Bürgerschaft nahm eine Senatsvorlage an, nach welcher derjenige, der für den Unterhalt seiner Familie nicht sorgt, durch Zwangsarbeit in staatlichen Anstalten dazu gezwungen werden kann.

Wien, 27. Juni. Seine Majestät der Kaiser ernannte den Erzherzog Friedrich zum Oberkommandanten der Landwehr.

Paris, 26. Juni. Senat. In der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorzeitige Entlassung des Jahrgangs 1903, erklärte der Kriegsminister mit Bezug auf die geistige Weisheit des Generals Langlois, es sei unmöglich, daß Frankreich plötzlich und unvermutet von seinen Nachbarn überfallen werden könne. Trotz der letzten Ereignisse zweifle er nicht an der Festigkeit der Disziplin im Heere, doch machten diese eine Reform der regionalen Aufstellungen erforderlich. Gegebenenfalls würde er von seinem Recht Gebrauch machen und die Mannschaften bei den Fahnen zurückhalten, wenn die Sicherheit des Landes es erfordere. Man möge ihm in Bezug auf den Termin der Entlassung nicht festlegen, sondern ihm eine gewisse Bewegungsfreiheit lassen. Die Vorlage wurde angenommen.

Paris, 27. Juni. Kultusminister Briand bereitet einen Gesetzentwurf vor, um die Dekretierungen und die Gemeinden von den Lasten zu befreien, die ihnen nach den bisherigen Bestimmungen die Übertragung der Kirchengüter auferlegt; insbesondere soll verhindert werden, daß die Dekretierungen und Gemeinden die aus den vorausgehenden Prozessen erwachsenden Kosten zu tragen haben.

Paris, 27. Juni. Im Exekutivkomitee der radikal-sozialistischen Partei wurde die Gesamtpolitik Clemenceaus von Pelletan heftig angegriffen. Pelletan tadelt insbesondere, daß Ribot ein so großer Einfluß auf die Richtung der Clemenceaus'schen Politik eingeräumt werde. Pelletan sieht den baldigen Sturz des Kabinetts Clemenceaus voraus, sowie dessen Ersatz durch ein gemäßigtes Kabinett Poincaré.

London, 27. Juni. Das Unterhaus lehnte gestern mit 315 gegen 100 Stimmen das Amendement des Arbeiterparteilagers Henderson auf Abschaffung des Oberhauses ab und nahm die Resolution der Regierung betr. die Reform des Oberhauses mit 432 gegen 147 Stimmen an. — Das Oberhaus nahm nach zweitägiger Debatte die Territorialarmeevorlage in zweiter Lesung einstimmig an.

Mexiko, 27. Juni. Der hiesige Gesandte von Salvador erhielt von Figueron, dem Präsidenten von Salvador telegraphische Nachrichten, daß Nicaragua an der Küste des Stillen Ozeans Kanonenboote in Bereitschaft setze und daß Salvador in Erwartung eines Angriffes seine Kräfte vergrößere.

Verschiedenes.

Der Petersprozeß.

München, 27. Juni. Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung des Petersprozesses erklärte Kunstmaler Kuhnert, welcher im Herbst 1891 an Klimamandsharo Dr. Peters kennen lernte, daß er der Einrichtung Madrats als Zuschauer beigewohnt habe. Nach seinem Eindruck war die Hinrichtung wohl notwendig wegen der dortigen unsicheren Verhältnisse. Für die Hinrichtung der Negerin Jagodja wurden nur ihre Flucht und ihre Konspirationen als Gründe angenommen. Der Zeuge erklärte, damals habe er über das Ausspreitschen und die Hinrichtung vielerlei geurteilt, jetzt aber, seitdem er eine neue Weise gemacht und die Grausamkeiten der Eingeborenen kennen gelernt habe, urteile er über Dr. Peters gerechter. Er, Kuhnert, würde ebenso streng gehandelt haben; nur durch Strenge könne man die Autorität aufrechterhalten. Verschiedene Sachverständige bestätigten, daß kein Expeditionsführer ohne eine gewisse Strafbefugnis auskomme. Die Prügelstrafe sei auch in der Eingeborenenkultur in Anwendung gewesen. Früher sei auch das Prügeln von Weibern gestattet gewesen, das jetzt verboten sei. Strafen, wie Ketten, Prügel und Hängen, seien in der ganzen arabischen Welt üblich und notwendig. Unter den Sudanese und Nubier habe es als ehrenvoll gegolten, die Prügelstrafe ohne einen Laut oder eine Klage zu dulden. Eine bloße Gefangenensetzung werde von den Schwarzen nicht als Strafe empfunden. Eingeborene verlangten selbst, daß andere Eingeborene mit Prügel bestraft würden. Auch Vater Acker erklärt, der Schwarzafrikaner kenne nicht ohne den Stachel zu werden, aber ein Fehler sei oft, daß die Schwarzen nicht wüßten, weshalb sie geprügelt würden. Bei Lügen und Diebstahl müsse man den Stachel anwenden. Reichstagsabgeordneter Arendt erklärt, seine früheren Vespredungen mit dem Kolonialdirektor Dr. Kaiser hätten stets einen freundschaftlichen Charakter getragen. Dr. Kaiser habe nach Abschluß der ersten Untersuchung gegen Dr. Peters gewünscht, daß dieser wieder angestellt würde und eine Ordensauszeichnung erhalte. Er habe sich

mehrfach dafür verwendet, und selbst Konzepte für ein Wiederanstellungsgeßuch, welches Peters einreichen sollte, geschrieben. Erst später, nach den Angriffen gegen Dr. Peters im Reichstage, habe Dr. Kaiser seine Meinung geändert und eine Rede gegen Dr. Peters gehalten, wogegen er (Arendt) bald den Vorwurf der Unwahrheit erhoben habe. Die Fälschung des Tuderbriefes, durch welche allein ein Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen worden sei, sei ein Unbestand gewesen. Bald werde die Zeit kommen, daß man nicht verstehen werde, wie man Dr. Peters so habe in den Schmutz ziehen können, er, der Zeuge, trete für Dr. Peters ein, weil Deutschland diesem seine Kolonie Ostafrika verdanke, und weil nach seiner Überzeugung an Dr. Peters ein Justizmord verübt worden sei. In dem Disziplinargerichtshof hätten keine Afrisafenner und Sachverständige gesessen. Der Hauptzeuge gegen Dr. Peters, Leutnant a. D. Bronsart von Schellendorf, sei ungläubigwärdig. Eine Wiederaufnahme des Disziplinärverfahrens sei durch das Gesetz ausgeschlossen. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung befandet nach verschiedenen Feststellungen über die Auffassung, die Major von Wismann und andere über Dr. Peters hatten, Dr. Schröder - Paggelow aus Berlin, daß Kolonialdirektor Dr. Kaiser in Privatgesprächen oft betont habe, daß die ganze größere Kolonialpolitik auf der Arbeit von Dr. Peters beruhe. Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg, der im Jahre 1891 als Schutztruppenunteroffizier bei Dr. Peters am Klimamandsharo gewesen ist, gibt eine eingehende Schilderung der dortigen Vorkommnisse und erzählt dabei, in sei von schwarzen Soldaten gefoltert worden, der Neger Madrat sei hingerichtet worden (sowie wegen Einbruchs, wie auch wegen Beziehungen zu Stationsweibern. Auch bezüglich der Negerin Jagodja hätten ihm die schwarzen Soldaten erzählt, daß ihre schweren Kettenstrafen sowohl wegen ihrer Flucht, wie auch wegen ihrer Beziehungen zu Madrat verhängt worden seien. Im übrigen sei die Jagodja auch während ihrer späteren Kettenhaft noch geschlagen worden. Hierauf habe er Dr. Peters aufmerksam gemacht. Dr. Peters hält dem Zeugen vor, daß dies gleich nach der ersten Prügelstrafe geschehen sei. Rechtsanwalt Korfenthal hält ebenfalls dem Zeugen vor, daß er früher auch in diesem Sinne ausgesagt habe. Zeuge Wilhelm gibt darauf zu, daß er sich dann bezüglich des Zeitpunktes des Schlagens bei seiner heutigen Aussage geirrt habe. Er gibt ferner zu, daß sein Verhältnis zu Dr. Peters ein nicht besonders gutes gewesen sei. Als er auf eine Expedition gesandt worden sei, sei die Jagodja gefoltert worden. Eine allgemeine Anordnung, daß Kettenstrafen wegen eines Mordversuches zu hängen seien, ist ihm nicht bekannt. Er selber sei niemals von der Notwendigkeit der Hinrichtung des Madrats und der Jagodja überzeugt gewesen. Dr. Peters erklärt, daß der Zeuge Wilhelm seine Maßnahmen infolge persönlicher Verstimmung falsch beurteile. Febr. v. Pechmann erklärt, Wilhelm habe sich als den Herrn der Station aufgespielt. Die Ansicht, daß er aus besonderen, geheimen Gründen auf Expeditionen geschickt worden sei, ist unbegründet. Die Negerin Jagodja sei nur ein einziges Mal geschlagen worden. Rechtsanwalt Korfenthal stellt fest, daß Wilhelm zur Zeit der Hinrichtung nicht auf der Station war, daß alles, was er vorgebracht habe, auf Vermutungen von Schwarzafrikanern beruhe. Dr. Peters stellt fest, daß er persönlich bei keiner einzigen Vollstreckung der von ihm am Klimamandsharo verhängten Strafen zugefahrt habe, was alle Zeugen, die dort mit Dr. Peters waren, auch der Zeuge Wilhelm, bestätigen. Die Weiterverhandlung wird auf morgen vertagt.

In der heutigen Sitzung gab der Reichstagsabgeordnete Bebel eingehend Auskunft über die Verhandlungen des Reichstags, betreffend den Fall Peters im Jahre 1896. Aus dem Buch des Dr. Peters habe er, Bebel, den Eindruck gehabt, daß Peters genaltrig und grauam vorgegangen sei, und er habe dies, sowie den Tuderbrief, der sich später als niemals geschrieben erwies, im Reichstag zur Sprache gebracht. Kolonialdirektor Kaiser habe daraufhin ein neues Verfahren gegen Peters angeordnet, der verurteilt worden sei, trotzdem beim Abschluß des Verfahrens bekannt war, daß Bischof Tuder den Peters niemals geschrieben hatte. Dr. Peters erklärt, die als Grausamkeit bezeichneten Maßnahmen seien seinerzeit dringend notwendig gewesen. Er ersucht Bebel, doch heute seine Quelle für den Tuderbrief anzugeben. Vater Acker erklärt, daß die Worte „Mit einem Mörder will ich nichts zu tun haben“, die Bischof Tuder zugeschrieben wurden, tatsächlich von Bischof Smithies geäußert worden seien. Die weitere Verhandlung dreht sich um Briefe, in denen Peters die Behauptungen von Smithies zurückwies. Zwischen Bebel und Peters wüßte es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Peters wirft Bebel fortwährend Entstellung der Tatsachen vor. Als Bebel erklärt, bei der Hinrichtung der Negerin hätten sexuelle Motive mitgespielt, stellt der Verteidiger Peters fest, daß nach dem Urteil des Disziplinargerichtes sexuelle Motive ausgeschlossen gewesen seien. Bebel erklärt, seine Behauptung gründe sich auf dieselben Quellen, die ihm von dem Tuderbrief geschrieben hätten. Peters erklärt, diese Behauptung, die sich als Lüge erwiesen hätte, hätte ihm von Ghr und Stellung gebracht. Bebel habe ihn verleumdet. Der Verteidiger Peters erklärt es für die höchste moralische Pflicht Bebel's, seine Quellen anzugeben. Bebel erklärt, er werde diese unter keinen Umständen namhaft machen.

Berlin, 26. Juni. Heute nachmittag brach ein großer Brand in dem „Viktoriapeicher“ genannten Lagerhause in der Köpenickerstraße aus, wo die Berliner Omnibusgesellschaft große Stallungen und Futtervorräte unterhält. Etwa 600 Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Drei große, vierstöckige Lagergebäude wurden vollständig eingeeßert. Ein Stallmann und ein Knabe wurden vermisst. Das Feuer entzündet vermutlich beim Abladen von Stroh durch Kurzschluß an dem elektrischen Aufzug.

Berlin, 27. Juni. Die Ueberreste des Speicherarbeiters Paul Siegel, der bei dem Brande des ViktoriaSpeichers vermisst wurde, sind aufgefunden worden.

Hamburg, 26. Juni. Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Gesellschaft beauftragte die Werft Götland und Wolff in Welsch mit dem Bau eines großen Dampfers, der die Abmessungen der neuen Turbinenschiffmaschine der Umayyadlinie übertrifft. Das Schiff erhält eine Länge von etwa 785 Fuß bei 88 Fuß Breite und einen Tiefgang von 35 Fuß. Das neue Schiff soll 1910 in Dienst gestellt werden.

Wien, 27. Juni. In Strye in Galizien brach während einer Hochzeitsfeier im Partierlokal eines Privathauses die Wölbung des Deckens ein. 30 Gäste stürzten beim Tanzen in die Tiefe; sechszehn wurden schwerverletzt aus den Trümmern herangezogen; die übrigen erlitten Kontusionen und Verbrennungen.

Gherbourg, 27. Juni. Dem „Petit Parisien“ zufolge hatte das Unterseeboot „Sirene“ mit dem Panzerhülfsboot „Gentil IV.“ einen Zusammenstoß, bei welchem die „Sirene“ beträchtliche Schade erlitt.

London, 27. Juni. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 26. Juni: Ein Telegramm aus Jamaica in Virginien befragt, daß mehrere große Dampfschiffe in der Ausstellung mit Gästen überfüllt waren, am frühen Morgen durch Feuer zerstört worden seien. Eine wilde Panik sei aus-

gebrochen. Drei Personen verbrannten, über 2000 konnten sich nur mit knapper Not retten.

Stockholm, 27. Juni. Gestern vormittag wurde in einem hiesigen Hotel ein Geldbriefträger bei der Ueberbringung eines Geldbriefes, der auf 150 Kronen lautete, ermordet und um 700 Kronen beraubt.

Konstantinopel, 27. Juni. Nach türkischen Blättern sollen in den arabischen Häfen Kurfuda, Lohija, Hodeida, sowie Medina Stationen für drahtlose Telegraphie errichtet werden.

Baltimore, 26. Juni. Der deutsche Konsul v. Lingen ist gestorben.

Literatur.

Dr. Richard Segau: Der Tod im deutschen Drama des 17. und 18. Jahrhunderts (von Orphius bis zum Sturm und Drang). Bern, A. Franke, 1906. XVI. und 262 S.

In den von Professor Walzel in Bern herausgegebenen „Unterredungen zur neueren Sprach- und Literaturgeschichte“ ist als 9. Heft eine Arbeit erschienen, die sich als einen sehr wertvollen „Beitrag zur Literaturgeschichte“ darstellt und deshalb nicht, weil der Verfasser geborener Karlshüber ist — auch hier besondere Beachtung verdient.

Aus den Elementen des Dramas greift S. das Todesmotiv heraus, das mit dem Weiden des Dramas so innig verflochten ist, daß es ihn zwingt, weiter auszuholen und auf die dramatische Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts überhaupt näher einzugehen, ja noch weiter in die psychologische Beschaffenheit jener Zeit hinein, die, vielleicht unter der Nachwirkung der greuelvollen 30 Kriegsjahre, von Wollust und Grausamkeit beherzigt ist, die Kreise seiner Betrachtung zu ziehen. Durch eine Fülle von Beispielen, die uns Respekt vor der gelehrten Arbeit des Verfassers abnütigen, und mit feinsinnigen Hinweisen auf die Einflüsse der Renaissancekunst und ihrer Entartungserscheinungen entrollt uns das Buch ein anschauliches Bild von den verschiedenen Todesarten (Schnitzung, Mord, Selbstmord, Tod im Kampf, natürlicher Tod), denen wir in den blutrünstigen Dramen eines Orphius, Lohenstein, Weise u. a. begegnen. Andere Kapitel belehren uns über die Gegenwärtigkeit des Todes hinter der Bühne, über die Behandlung der Leiche auf der Bühne, über den Tod als Belohnung für gute und als Strafe für böse Taten usw. Es liegt in der Natur des Stoffes, daß nicht alle Abschnitte des Buches einen ästhetischen Genuß gewähren; aber daß es dem Verfasser gegeben ist, sich in die Absichten des Dichters mit feinem Verständnis einzufühlen und so von innen heraus ein Drama zu analysieren, das beweisen z. B. — um eines herauszugreifen — die Ausführungen über Klopstocks „Tod Adams“ (S. 131—138). Auch der Nichtfachmann wird, wenn er Interesse hat für den Entwicklungsgang unserer Dramas und für das Gesehene früherer Jahrhunderte, manche bereichernde Belehrung und Anregung aus dieser respektablen Erstlingsarbeit schöpfen.

Bayerisches Verkehrsbuch 1907. Unlängst ist das vom Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in München und im bayerischen Hochland (e. V.) herausgegebene Bayerische Verkehrsbuch in 3. Auflage erschienen. Das Schriftchen, das in durchaus unparteiischer und objektiver Weise den Reisenden insbesondere in Bezug auf Unterkunft und Verpflegung im bayerischen Hochland orientiert und das schon beim Erscheinen der ersten beiden Auflagen 1904 und 1905 überall großen Beifall gefunden hat, ist jetzt nicht nur wesentlich erweitert, sondern auch vollständig neu illustriert worden. Der Herausgeber hat es sich angelegen sein lassen, den Teil, welcher Nordbahnen behandelt, gegenüber der letzten Auflage erheblich zu vergrößern. Zahlreiche Illustrationen — freilich teils bayerischer Künstler — beleben den Text. Das Bayerische Verkehrsbuch 1907, welches im Kommissionsverlage von Carl Gerber, O. m. b. H., München, erschienen ist, wird der Juni-Ausgabe des Kursbuches der A. V. Staatseisenbahnverwaltung beigegeben und ist durch alle Buchhandlungen, sowie durch die Geschäftsstelle des Münchener Fremdenverkehrsvereins (Hauptbahnhof) zu beziehen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 28. Juni. Abt. C. 71. Ab.-Vorft. „Marie, die Tochter des Regiment“, komische Oper in 2 Akten. Musik von Donizetti. Anfang 7/8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 27. Juni 1907.

Unter Zunahme von Tiefe ist die westlich von Schottland erscheinende Depressión bis zur nördlichen Nordsee weitergezogen; die über Skandinavien gelegene ist beschwunden. Hoher Druck hat sich über Mitteleuropa ausgebreitet und weist über der Biscayaee und über Siebenbürgen auf. Das Wetter ist unter dem Einfluß der Depressión noch meist trüb, die Temperaturen sind etwas gestiegen. Da die Depressión voraussichtlich abziehen wird und eine neue nicht zu folgen scheint, so ist allmählich Aufklärung und damit etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden.

vom 27. Juni früh.
Lugano heiter 19 Grad; Bari bedeckt 16 Grad; Nizza heilt; Triest wolkenlos 25 Grad; Florenz wolkenlos 20 Grad; Rom halbbedeckt 18 Grad; Cagliari wolkenlos 18 Grad; Brindisi heilt.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Windgeschw. in m	Wind	Himmel
26. Nachts 9 ^h U.	752.9	16.6	9.9	70	SW	l. bewölkt
27. Morgs. 7 ^h U.	754.2	16.9	10.6	74	SW	bedeckt
27. Mittags. 2 ^h U.	753.6	23.7	10.8	50	"	heiter

Höchste Temperatur am 26. Juni: 22.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.8. Niederschlagsmenge des 26. Juni: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. Juni, früh: Schutterinsel 3.38 m, gefallen 5 cm; Rühl 3.61 m, gefallen 6 cm; Maxau 5.25 m, gefallen 5 cm; Mannheim 4.96 m, gestiegen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag: O. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Kaiser-Borax
Zum häusl. Gebrauch l. Waschwasser, ein unentbehrliches Toilettemittel, verschönert d. Teint, macht zart u. weisse Hände. Nur echt in roten Cart. z. 10, 20 u. 30 Pf. Kaiser-Borax. Seite 50 Pl. Tola-Sells 25 Pl. Spezialitäten der Firma Heinrich Mack in Ulm a. D.

KGL. BAD KISSINGEN

Heilbad ersten Ranges ::: Trink- und Badekuren

Kohlensäurereichste
Solebäder

Rakoczy

Pandur
:: Maxbrunnen ::

Mineral-Moorbäder, Gradierwerk

Saison: 15. April bis 31. Oktober

Mineralwasserversand:

Verwaltung der Königl. Mineralbäder, auswärts
durch Apotheken und Mineralwasserhandlungen

Prospekte: Kurverein

Telephon 2165

Rucksäcke R 341.4.1
Gamaschen
Eispickel
Steigeisen
Kletterschuhe
Kletterseile
Aluminiumkocher
Aluminiumbüchsen
für Proviant etc.
kompl. Alpine Aus-
rüstungen.
Kofferfabrik
Eduard Müller, Hof.
Waldstrasse 49.
Telephon 2165

Alpirsbach Sanatorium Dr. Würz
für Nerven- u. Innere Krankheiten.
Diet- u. Entziehungskuren (Alkohol, Morphium).
Näheres durch Prospekt.
bei **Freudenstadt** (Schwarzw.)
510 m ü. d. M. Das ganze Jahr offen.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart
Auf Gegenseitigkeit. *** Gegründet 1875.
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.

Haftpflicht-, Unfall- u. Lebens-Versicherung.

Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst u. kostenfrei durch
Fr. Hämmerle, Subdirektion in Karlsruhe, Gartenstrasse 56, Teleph. 518. R 124.3.1

Gesamtversicherungsstand über 700.000 Versicherungen. Vertreter aus allen Ständen überall gesucht. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.

Praxis-Eröffnung

Habe unterm Heutigen mein **Atelier für künstliche Zähne und Zahnheilkunde**
26 Amalienstrasse 26
bei Herrn Hofphotograph Ruf
eröffnet
Gewissenhafte schonendste Behandlung — Mässige Preise

Albert Günzer
langjähriger erster Assistent und bisheriger Leiter des Zahn-Atelier Häusler
Sprechstunden: 8—12 Uhr und 2—7 Uhr

Grossherzoglicher Hoflieferant
FRIEDRICH BLOS
F. Wolff & Sohns Detail-Parfümerie
Kaisersstrasse 104 Karlsruhe Ecke der Herrenstrasse.
Fernsprech-Anschluss Nr. 213
empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:
Moderne Schmuck-Gegenstände. Reise, Leder-, Bronze- und
Fächer jeder Art. Haushalt-Artikel.
Feine kunstgewerbliche Gegenstände. Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Holz-,
Phantastie-Möbel, Luxus- und Glas-Waren etc.
Galanterie-Waren. Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

Damen-Kopfwaschen
Damen-Frisieren
Damen-Haarpflege
Damen-Haararbeiten

Hermann Bieler
223 Kaiserstrasse 223
zwischen Hauptpost u. Kaiserdenkmal R 375
Grösstes Spezialgeschäft

Zu verkaufen
Fuchs-Wallach mit
tafel-losen Gängen und Beinen, sehr ausdauernd, leicht zu reiten, bei der Truppe und Jagden gegangen, sicherer Springer, ausgezeichnet s. Mandoverpfers. Preis 1500 Mark R 196.10.4
Näheres bei kaiserlicher **Fischer**, Carlstrasse 17/19. Mannheim.

Kanzleihilfenstelle.
Bei dies. Stelle ist für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober d. Jz. eine Schreibhilfenstelle gegen eine Vergütung von 250 M. zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen umgehend melden. R.361.
Buchen, den 24. Juni 1907.
Großh. Bezirksamt. Gram.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkursverfahren.
R.357. Nr. 8173 Karlsruhe.
In dem Konkursverfahren über den Nachlass des verstorbenen Zimmermeisters **Eduard Schottmüller** hier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **Donnerstag den 11. Juli 1907, vormittags 11 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht hier, selbst, Akademiestr. 2 A, III. Stod, Zimmer 17, bestimmt.
Karlsruhe, den 21. Juni 1907.
Müller, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
R.367. Nr. 5874 IX Karlsruhe.
Ueber das Vermögen der Firma **Gement, Asphalt- und Baumaterialien-Gesellschaft L. Reiß Nachf.,** Inhaber: **Amerbacher und von Malottki** hier,

Gerwigstr. 38, wurde heute, am 26. Juni 1907, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **Karl Bürger** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 27. Juli 1907 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch den 17. Juli 1907, vormittags 9 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 28. August 1907, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte, Akademiestr. 2 A, II. Stod, Zimmer Nr. 13, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestiße der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Juli 1907 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 26. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Bruch.**

Konkursverfahren.
R.380. Konstanz. In dem Konkursverfahren über den Nachlass des Kaufmanns **Ferdinand Wiant** in Konstanz ist Termin zur Annahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen bestimmt auf:
Samstag den 20. Juli 1907, vormittags 8½ Uhr.
Konstanz, den 22. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Vogel.**

Konkursverfahren.
R.362. Mannheim. Zur gerichtlich genehmigten Schlussverteilung in dem Konkurs über das Vermögen der Firma **H. Arnaboldi & Co.** in Mannheim, Inhaber **Herrn Arnaboldi**, sind 1077,77 M. verfügbar.
Dabei sind zu berücksichtigen:
10,94 M. Bevorratigte,
5076,47 „ unbeworratigte
Forderungsbeträge.
Mannheim, den 26. Juni 1907.
Friedrich Bühler,
Konkursverwalter.

Konkursverfahren.
R.368. Nr. 4333. Pforzheim.
Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhhändlers **Leopold Bog** in Pforzheim betreffend.
Zur Annahme der Schlussrechnung

Konkursverfahren.
R.360.2.1. Nr. 11783. Pforzheim.
I. Aukündigung.
Infolge richterlicher Verfügung werden im Rathaus zu Pforzheim am **1. August 1907, vormittags 8 Uhr,** die nachverzeichneten Liegenschaften des **† Jakob Krämer,** Landwirt

des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlußtermin bestimmt auf **Dienstag den 23. Juli 1907, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier, selbst, II. Stod, Zimmer 15.
Pforzheim, den 25. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Baur.**

R.359. Nr. 2596. Freiburg.
Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Horben belegenen, im Grundbuche von Horben zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Engelwirts Karl Mayer** in Horben eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag den 16. August 1907, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Horben versteigert werden.
Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Mai 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einigkeit der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, die Grundstücke betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:
Grundbuch von Horben Band 1 Heft 12 Bestandsverzeichnis 1.
Lsg.-Nr. 98 92 ar 61 qm Hofreite, Hausgarten und Wiege mit auf der Hofreite stehenden Gebäulichkeiten, nämlich einem hölzernen Wohnhaus, „Gasthaus zum Engel“, einer Scheuer mit Stallung, Futtergang und Schopf, einer Waschküche mit Nachschubhaus und einer an den Schopf gebauter Schweinefaltung.
Lsg.-Nr. 132 51 ar 45 qm Wald im Mühlleuch.
Lsg.-Nr. 137 1 ha 87 ar 19 qm Wiege im Morlegrund.
Lsg.-Nr. 156 80 ar 78 qm Acker im Weibetader,
Lsg.-Nr. 161 1 ha 23 ar 17 qm Acker und Wiesfeld im Altbaus, zusammen das geschlossene Hofgut „zum Engel“ bildend, und ohne Zubehör geschätzt zu . . . 60.000.— M. mit Zubehör geschätzt zu . . . 66.096,50 „
Das Anwesen „zum Engel“ ist als Luftkurort und lohnender Ausflugs-punkt Pforzheim's rühmlichst bekannt.
Pforzheim, den 15. Juni 1907.
Großh. Notariat Freiburg VI als Vollstreckungsgericht.

des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlußtermin bestimmt auf **Dienstag den 23. Juli 1907, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier, selbst, II. Stod, Zimmer 15.
Pforzheim, den 25. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Baur.**

R.359. Nr. 2596. Freiburg.
Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Horben belegenen, im Grundbuche von Horben zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Engelwirts Karl Mayer** in Horben eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag den 16. August 1907, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Horben versteigert werden.
Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Mai 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einigkeit der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, die Grundstücke betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:
Grundbuch von Horben Band 1 Heft 12 Bestandsverzeichnis 1.
Lsg.-Nr. 98 92 ar 61 qm Hofreite, Hausgarten und Wiege mit auf der Hofreite stehenden Gebäulichkeiten, nämlich einem hölzernen Wohnhaus, „Gasthaus zum Engel“, einer Scheuer mit Stallung, Futtergang und Schopf, einer Waschküche mit Nachschubhaus und einer an den Schopf gebauter Schweinefaltung.
Lsg.-Nr. 132 51 ar 45 qm Wald im Mühlleuch.
Lsg.-Nr. 137 1 ha 87 ar 19 qm Wiege im Morlegrund.
Lsg.-Nr. 156 80 ar 78 qm Acker im Weibetader,
Lsg.-Nr. 161 1 ha 23 ar 17 qm Acker und Wiesfeld im Altbaus, zusammen das geschlossene Hofgut „zum Engel“ bildend, und ohne Zubehör geschätzt zu . . . 60.000.— M. mit Zubehör geschätzt zu . . . 66.096,50 „
Das Anwesen „zum Engel“ ist als Luftkurort und lohnender Ausflugs-punkt Pforzheim's rühmlichst bekannt.
Pforzheim, den 15. Juni 1907.
Großh. Notariat Freiburg VI als Vollstreckungsgericht.

des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlußtermin bestimmt auf **Dienstag den 23. Juli 1907, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier, selbst, II. Stod, Zimmer 15.
Pforzheim, den 25. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Baur.**

R.359. Nr. 2596. Freiburg.
Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Horben belegenen, im Grundbuche von Horben zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Engelwirts Karl Mayer** in Horben eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag den 16. August 1907, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Horben versteigert werden.
Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Mai 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einigkeit der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, die Grundstücke betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:
Grundbuch von Horben Band 1 Heft 12 Bestandsverzeichnis 1.
Lsg.-Nr. 98 92 ar 61 qm Hofreite, Hausgarten und Wiege mit auf der Hofreite stehenden Gebäulichkeiten, nämlich einem hölzernen Wohnhaus, „Gasthaus zum Engel“, einer Scheuer mit Stallung, Futtergang und Schopf, einer Waschküche mit Nachschubhaus und einer an den Schopf gebauter Schweinefaltung.
Lsg.-Nr. 132 51 ar 45 qm Wald im Mühlleuch.
Lsg.-Nr. 137 1 ha 87 ar 19 qm Wiege im Morlegrund.
Lsg.-Nr. 156 80 ar 78 qm Acker im Weibetader,
Lsg.-Nr. 161 1 ha 23 ar 17 qm Acker und Wiesfeld im Altbaus, zusammen das geschlossene Hofgut „zum Engel“ bildend, und ohne Zubehör geschätzt zu . . . 60.000.— M. mit Zubehör geschätzt zu . . . 66.096,50 „
Das Anwesen „zum Engel“ ist als Luftkurort und lohnender Ausflugs-punkt Pforzheim's rühmlichst bekannt.
Pforzheim, den 15. Juni 1907.
Großh. Notariat Freiburg VI als Vollstreckungsgericht.

des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlußtermin bestimmt auf **Dienstag den 23. Juli 1907, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier, selbst, II. Stod, Zimmer 15.
Pforzheim, den 25. Juni 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Baur.**

R.359. Nr. 2596. Freiburg.
Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Horben belegenen, im Grundbuche von Horben zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Engelwirts Karl Mayer** in Horben eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag den 16. August 1907, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Horben versteigert werden.
Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Mai 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einigkeit der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, die Grundstücke betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:
Grundbuch von Horben Band 1 Heft 12 Bestandsverzeichnis 1.
Lsg.-Nr. 98 92 ar 61 qm Hofreite, Hausgarten und Wiege mit auf der Hofreite stehenden Gebäulichkeiten, nämlich einem hölzernen Wohnhaus, „Gasthaus zum Engel“, einer Scheuer mit Stallung, Futtergang und Schopf, einer Waschküche mit Nachschubhaus und einer an den Schopf gebauter Schweinefaltung.
Lsg.-Nr. 132 51 ar 45 qm Wald im Mühlleuch.
Lsg.-Nr. 137 1 ha 87 ar 19 qm Wiege im Morlegrund.
Lsg.-Nr. 156 80 ar 78 qm Acker im Weibetader,
Lsg.-Nr. 161 1 ha 23 ar 17 qm Acker und Wiesfeld im Altbaus, zusammen das geschlossene Hofgut „zum Engel“ bildend, und ohne Zubehör geschätzt zu . . . 60.000.— M. mit Zubehör geschätzt zu . . . 66.096,50 „
Das Anwesen „zum Engel“ ist als Luftkurort und lohnender Ausflugs-punkt Pforzheim's rühmlichst bekannt.
Pforzheim, den 15. Juni 1907.
Großh. Notariat Freiburg VI als Vollstreckungsgericht.

in Dieblingen, öffentlich versteigert, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.
Beschreibung der Liegenschaften:
Gemarkung Dieblingen.
Lsg.-Nr. 6012 6 a 14 qm Acker in den Langenrieden 140 M.
Lsg.-Nr. 7524 7 a Wiefe im Altenloch . . . 15 „
Lsg.-Nr. 15009 3 a 74 qm Acker in der Stelle . . . 20 „
Lsg.-Nr. 16719 3 a 33 qm Wiefe in der Mann . . . 10 „
Lsg.-Nr. 7525 4 a 40 qm Acker im Altenloch . . . 10 „
Lsg.-Nr. 9161 4 a 04 qm Weinberg im Kempfbuch . . . 20 „
Lsg.-Nr. 9091 4 a 14 qm Weinberg im Kempfbuch . . . 20 „
Lsg.-Nr. 6425 2 a 59 qm Acker im Narrenberg . . . 15 „
Lsg.-Nr. 13711 4 ar 67 qm Acker im Kettenbuch . . . 20 „
Lsg.-Nr. 11265 4 a 32 qm Acker in der Bödenich . . . 10 „
Lsg.-Nr. 16006 4 a 93 qm Wiefe in Schelmenwald 30 „
Lsg.-Nr. 15014 8 a 1 qm Acker in der Stelle . . . 40 „
Lsg.-Nr. 12686 1 a 65 qm Wiefe in der Winterhelde, 18 qm Deubung in der Winterhelde . . . 2 „
Lsg.-Nr. 12737 2 a 2 qm Wiefe in der Winterhelde, 18 qm Deubung in der Winterhelde, Lsg.-Nr. 12763 1 a 90 qm Wiefe in der Winterhelde . . . 3 „
Lsg.-Nr. 1569 3 a 66 qm Weinberg in der Sommerhelde, 28 qm Deubung in der Sommerhelde . . . 35 „
Lsg.-Nr. 11711 4 a 43 qm Acker in der Gauchhelde . . . 40 „
Lsg.-Nr. 6384 3 a 44 qm Acker im Narrenberg . . . 25 „

Gesamtzuschätzung 460 M.
Pforzheim, den 24. Juni 1907.
Der Vollstreckungsbeamte:
Süßler, Notar.

Geräte-Versteigerung.
Wir versteigern am **Montag den 8. Juli d. Jz.** im Gerätschaftenmagazin (Eingang Ruppurrerstraße) vormittags halb neun Uhr öffentlich gegen Barzahlung.
R.358.2.1.
Verstehende abhängige Geräte, als:
Wischkäse, Aufsteigritte, Bettstellen, Bänke, Dedeln, Erdhölzer, Nähen, Karren, Wagen, Kisten, Körbe, Mübel, Lampen, Laternen, Ledertaschen, Lederfuttermale, Leibern, Matten, Wehlatten, Stempelpöschke, Stühle, Schäfte, Tisch, Heberzüge, Uhren Vorhänge, Dez.-Wagen, Binden u. s. f. m.
Karlsruhe, den 23. Juni 1907.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Tarife für den Güterverkehr der badiisch-schweizerischen Uebergangsstationen mit der Schweiz.
Auf 15. Juli 1907 wird zum schweizerischen Ausnahmetarif Nr. 6 für Getreide ufw. vom 1. Juli 1904 ein Nachtrag V und zum Ausnahmetarif Nr. 20 für den Transport von Steinohfen und Steinohfenbrüetts vom 1. Juli 1904 ein Nachtrag IV ausgeben. — Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen und unser Verkehrs-Bureau. R.366.
Karlsruhe, den 26. Juni 1907.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Die Entfernungen und Frachttarife für den Verkehr mit den badiischen Stationen Hinterzarten, Hölzlebrud, Lahr Stadt, Neustadt i. Schwarzwald und Liffsee werden mit Gültigkeit vom 1. Juli 1907 ermäßigt. R.365.
Karlsruhe, den 21. Juni 1907.
Großh. Generaldirektion der Badiischen Staatseisenbahnen.